



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2024/07019**
Datum: 19.03.2024
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	19.03.2024	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	20.03.2024	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	27.03.2024	öffentlich Entscheidung
Unterausschuss Haushaltskonsolidierung	21.05.2024	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	29.05.2024	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erarbeitung eines Konzeptes zur kurz- und mittelfristigen Absenkung der Gewinnausschüttungen der Gesellschaften GWG mbH und HWG mbH VII/2024/0669

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister, in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter, vertreten durch den Bürgermeister, wird beauftragt, mit den Gesellschaften GWG mbH und HWG mbH, vertreten durch die Geschäftsführerinnen, in Abstimmung mit den Aufsichtsräten **und unter Beteiligung einer zu gründenden Arbeitsgruppe aus allen Fraktionen** ein Konzept zur kurz- und mittelfristigen Absenkung der Gewinnausschüttungen der beiden Gesellschaften auf ein Niveau ~~von Null~~ **des von den Gesellschaften Leistbaren, unter Berücksichtigung der städtischen Zwänge im Zuge der Haushaltskonsolidierung**, zu erarbeiten und dieses bis spätestens Mai 2024 dem Stadtrat zur Behandlung vorzulegen. Nach Beschluss durch

den Stadtrat ist das Konzept in die Haushaltsplanungen ab 2025 ff. einzuarbeiten.

gez. A. Raue
Fraktionsvorsitzender AfD-Stadtratsfraktion

Begründung:

Die Fraktion DIE LINKE macht es sich mit ihrem Antrag zu einfach, indem politische Entscheidungen vorweg auf die Gesellschaften ausgelagert werden sollen. Die Senkung der Abführungen der Gesellschaften auf ein Niveau von Null würde derzeit ein Loch von sieben Millionen Euro in den Haushalt der Stadt reißen, ohne dass dieser vorab bei der Konzepterarbeitung als Ganzes eingebunden wäre. DIE LINKE möchte also politisch veranlassen, dass der Haushalt Einschnitte erhält, ohne selbst dafür Verantwortung übernehmen zu wollen wo das fehlende Geld herkommen soll oder welche freiwilligen Ausgaben die Stadt zukünftig nicht mehr finanzieren soll.

Die Zielsetzung Mieterinnen und Mieter von drohenden Mieterhöhungen aufgrund der Abführungen an die Stadt freizuhalten, teilen wir. Allerdings haben beide Gesellschaften erklärt, dass es einen Betrag gibt den sie weiterhin zu leisten in der Lage wären. Diesen Betrag zu erfassen soll Ziel des Änderungsantrages sein um anschließend die Verantwortung für das Konzept nicht nur auf eine reine Abstimmung der Endversion im Stadtrat zu beschränken, sondern auch in die Erarbeitung politische Akteure einzubinden.